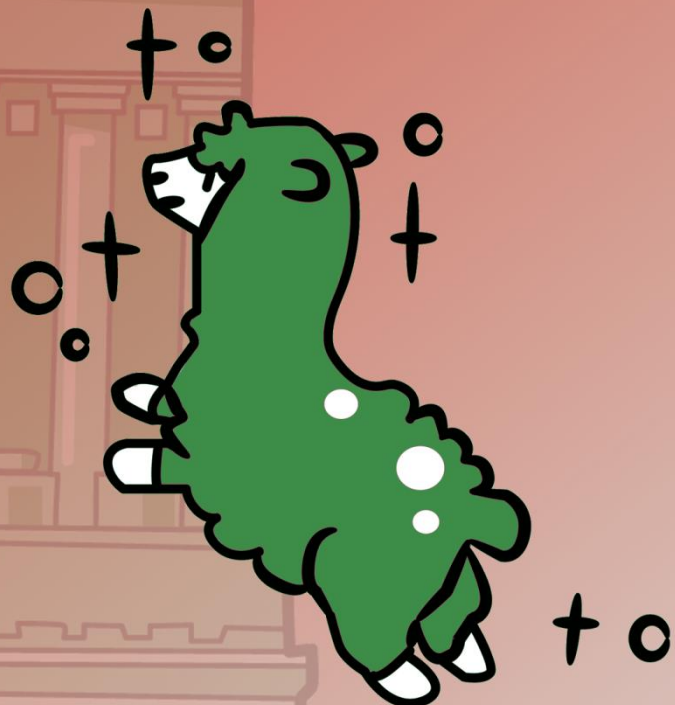


**DIE LINKE.**  
Ratsfraktion Kiel

# Was war los im Rat?

Unsere Anträge und Pressemitteilungen  
Oktober bis Dezember 2019



# Inhaltsverzeichnis

<b>Anträge</b> .....	4
Ein Baum in jeder Straße .....	4
Niederflurglascontainer in Kiel.....	7
Beibehaltung von Kappungsgrenzenverordnung und Mietpreisbremse .....	8
Alternative Wohnformen in Kiel .....	9
Änderungsantrag zur Drs. 0836/2019 "Smart lighting".....	10
Alternativantrag zur Drs. 0850/2019 "Öffentliche Plätze den Menschen zurückgeben".....	11
Gerechte Bezahlung in den stadteigenen Betrieben.....	12
Aufbau eines digitalen Aufklärungs- und Beratungsangebots zu Inter- und Transsexualität sowie zur Geschlechtsoption „divers“ .....	13
Gegen Antisemitismus und für den Schutz der jüdischen Gemeinden in Kiel – Gemeinsame Resolution der Ratsversammlung.....	14
Änderungsantrag zu Drs. 0959/2019 "Hebesatz der Gewerbesteuer prüfen" .....	15
Demokratischen Grundkonsens achten, Nationalismus ächten! .....	16
Climate Emergency, erste Beschlüsse zur Resolution Änderungsantrag zur Drucksache 0901/2019 .....	17
Kunst im Öffentlichen Raum am Hörnbad.....	19
Leerstände reduzieren - Nahversorgung stärken.....	20
Stadtwald in Naturwald umwandeln.....	21
Stellenplan ausfinanzieren!.....	22
(Re-)Integration des Produktkatalogs in den Haushaltsplan .....	23
Konzept zur Wahlwerbung in Kiel.....	24
Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf .....	25
<b>Kleine Anfragen</b> .....	28
Bewirtschaftung des Kieler Stadtwaldes.....	28
<b>Pressemitteilungen</b> .....	29
Strafandrohungen befördern keinen Dialog! .....	29

HIV: Weniger Angst, mehr Solidarität! .....	30
Kiel-Kanal zeigt, was falsch läuft in Kiel.....	31
Kinderarmut: Bei manchen bleibt der Stiefel leer .....	32
KiWoG: Einfluss auf dem Wohnungsmarkt geht nicht ohne Investitionen! .....	33
Klimaschutz ist teuer, aber viel günstiger als ein noch stärkerer Klimawandel .....	34
Nur Kondome und Lecktücher schützen wirklich! .....	35
Stadtwald: Umweltschutz, der bares Geld spart! .....	36
Stellenplan: Fehlende Deckung ist ein Offenbarungseid der Personalpolitik.....	37
Rede des Vorsitzenden der Ratsfraktion DIE LINKE Stefan Rudau zum Haushalt 2020 .....	38

## Ein Baum in jeder Straße

**Gremium:** Innen- und Umweltausschuss, Bauausschuss

**Antragssteller:** Die FRAKTION, DIE LINKE

**Federführend:** Die FRAKTION

**Status:** geändert angenommen

**Historie:** Im September von der Ratsversammlung in den Innen- und Umweltausschuss sowie den Bauausschuss überwiesen; im Oktober vom Innen- und Umweltausschuss vertagt; im November vom Innen- und Umweltausschuss in geänderter Fassung beschlossen und vom Bauausschuss in der geänderten Fassung bestätigt.

**Drucksachenummer:** 0826/2019

### **Antrag (ursprüngliche Fassung):**

Die Verwaltung wird gebeten, in allen Kieler Stadtteilen Baumneupflanzungen vorzunehmen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf solche Straßen gelegt werden, in denen bislang gar keine oder nur vereinzelt Bäume stehen. Als Minimalanforderung soll gelten, dass in jeder Straße Kiels nach Möglichkeit mindestens ein Baum das Straßenbild bereichert.

Die Neupflanzungen sollen in ein Gesamtkonzept zur Begrünung der Stadt Kiel einfließen und unter anderem von den Ortsbeiräten vorgeschlagen werden. Bei der Identifikation von Standorten in Hinsicht auf geeignete Topographie, Größe, Boden- und Eigentumsverhältnisse soll das Grünflächenamt die Ortsbeiräte unterstützen und Vorschläge unterbreiten.

Die Umsetzung soll durch Öffentlichkeitsarbeit in den Ortsbeiratsbezirken unterstützt und begleitet werden. Die Öffentlichkeitsarbeit sollte bereits bei der Identifikation der Standorte beginnen und im Zuge der Pflanzungen fortgesetzt werden.

### **Begründung:**

Es ist gängige Praxis Bäume, die entfernt werden müssen, durch Nachpflanzungen zu ersetzen. Baumneupflanzungen werden vorwiegend in Neubaugebieten vorgenommen. Allerdings gibt es auch in bestehenden Stadtteilen Straßen, in denen kein einziger oder nur sehr vereinzelt Bäume stehen. Auch hier sind Neupflanzungen prinzipiell möglich.

Wünschenswert sind Baumpflanzungen in vielerlei Hinsicht. Sie binden das klimawirksame Kohlendioxid langfristig und reduzieren den Feinstaubgehalt in der Luft. In heißen Sommern spenden Bäume Schatten und kühlen die Luft mittels Wasserverdunstung (Verdunstungskälte) über das Laub. Viele Baumarten stellen zudem eine reichhaltige Bienenweide dar und bieten vielen Insekten- und Vogelarten Nahrung sowie Unterschlupf.

Stadtbäume sind allerdings einer Reihe unterschiedlicher Stressfaktoren ausgesetzt. So sind die Böden in der Stadt relativ trocken, weil ein Großteil des Regenwassers in die Kanalisation mündet und nicht im Erdreich versickert. Dies führt insbesondere im Sommer zu akutem Hitzestress und Wassermangel. Durch einsammeln des herunterfallenden Laubes im Herbst wird der natürliche Nährstoffkreislauf unterbrochen. Auch im Winter ausgebrachtes Streusalz setzt den Bäumen zu. Im Zuge von Tiefbauarbeiten kommt es zu Schädigungen der Wurzeln.

Eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit soll den Menschen sowohl die Bedeutung von Stadtbäumen verdeutlichen als auch auf deren Probleme hinweisen. Baumpatenschaften, zum Beispiel durch Kita-Gruppen oder Schulklassen und Kooperationen mit anderen

Interessierten/Vereinen, sind dabei für die weitere Pflege und Beobachtung der Bäume wünschenswert.

Die Verwaltung wird gebeten ein Konzept zu erarbeiten, in dem mögliche Standorte markiert, eine Zielstellung für die künftige Entwicklung dargestellt und ein Zeitplan sowie konkrete Maßnahmen zur Umsetzung beschrieben werden. Darin sollen besonders Vorschläge für Neupflanzungen aus den Ortsbeiräten einfließen. Gemäß den vorhandenen Ressourcen werden jedes Jahr schrittweise so viele Bäume wie möglich neugepflanzt. Vorwiegend in Straßen, in denen bislang keine oder nur vereinzelt Bäume stehen.

### **Beschlossene Fassung:**

Die Landeshauptstadt Kiel wird dem Erhalt der Kieler Bäume und der Neupflanzung eine höhere Priorität als bisher einräumen. Dafür wird die Verwaltung gebeten, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

#### Erhaltung von Bäumen

- Die Verwaltung wird gebeten, zusätzliche Maßnahmen zu ergreifen, um Bäume im Stadtgebiet zu erhalten. Dabei sollen auch die bestehenden Standorte aufgewertet werden, um sicherzustellen, dass die Bäume nicht absterben. Dafür werden für den nächsten Haushalt Gelder bereitgestellt.
- Die Verwaltung wird gebeten, bei Bauvorhaben verstärkt auch auf den Erhalt von Bäumen zu achten und stärker in die Abwägung miteinzubeziehen.
- Die Verwaltung wird bis Ende 2020 eine überarbeitete Baumschutzsatzung als Beschlussvorlage vorlegen. Bei der Neubearbeitung sollen in einem offenen Verfahren politische Verbände und Umwelt- und Naturschutzverbände einbezogen werden.

#### Neupflanzung von Bäumen

- Es wird eine jährliche Pflanzaktion initiiert, bei der eine mindestens zweistellige Zahl möglichst standortheimische Bäume öffentlichkeitswirksam im Kieler Stadtgebiet (im bebauten städtischen Bereich) gepflanzt werden. Diese Bäume werden zusätzlich gepflanzt und ersetzen keine Ersatzpflanzungen. Im Rahmen dieser Aktion werden auch Private motiviert, selber Bäume zu pflanzen und auf die Bedeutung von Bäumen für den Klimaschutz, aber auch für das Stadtklima hingewiesen. Dabei wird auch für den Umweltschutzfonds geworben. Die Mittel des Fonds werden dementsprechend erhöht. Kieler Kindertagesstätten werden eingebunden. Bei Bedarf werden für die Pflege der Bäume in den nächsten Haushalt Mittel eingestellt und Personal bereitgestellt.
- Bei Straßenneuplanungen wird verstärkt auf Neupflanzungen von Bäumen geachtet. Besonders in Straßenzügen, in denen es zurzeit an Bäumen fehlt, sollen Bäume gesetzt werden. In Straßenzügen ohne oder mit einer unterdurchschnittlichen Anzahl von Bäumen soll die Verwaltung den Ortsbeiräten zum Beschluss vorschlagen, wo Bäume gepflanzt werden können. Dabei sollen auch straßenbegleitende PKW-Stellplätze in Betracht gezogen werden. Die Umsetzung soll durch Öffentlichkeitsarbeit in den Ortsbeiräten unterstützt und begleitet werden.
- Die Verwaltung wird gebeten, Flächen für weitere Baumpflanzaktionen zu ermitteln.
- Die Verwaltung wird gebeten, weitere Vorschläge zu machen, wie mehr Bäume in der Stadt gepflanzt und erhalten werden können.

Ziel ist es, dass langfristig in jeder Kieler Straße, Bäume stehen. Bei Baumaßnahmen ist dies als Grundsatz zu übernehmen. Ausnahmen sind möglich, wenn technische Gründe eine Baupflanzung nicht zulassen oder der zuständige Ortsbeirat dem widerspricht.

Die Verwaltung wird dem Innen- und Umweltausschuss sowie dem Bauausschuss in Form einer Geschäftlichen Mitteilung jährlich darstellen, wie viele Bäume zusätzlich gepflanzt wurden.

## **Niederflurglascontainer in Kiel**

**Gremium:** Innen- und Umweltausschuss, Ratsversammlung

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** zurückgezogen

**Historie:** Im September im Innen- und Umweltausschuss vertagt; im November sowohl im Innen- und Umweltausschuss als auch in der Ratsversammlung zurückgezogen.

**Drucksachenummer:** 0866/2019

### **Antrag:**

Die Verwaltung wird gebeten, der Selbstverwaltung einen Überblick über im Stadtgebiet bereits vorhandene unterirdische Glascontainer mit einer rollstuhlgerechten Einwurfhöhe zu geben.

Außerdem soll geprüft werden, an welchen zentralen Stellen in den Stadtteilen, in denen bislang keine solchen Container vorhanden sind, solche eingerichtet werden könnten.

### **Begründung:**

In Kiel leben derzeit über 45000 Menschen mit einer Schwerbehinderung, viele davon mit körperlichen Beeinträchtigungen. Unter anderem dadurch, dass unsere Gesellschaft immer älter wird, wird diese Zahl absehbar weiter steigen. In den einzelnen Stadtteilen ist zu beobachten, dass sich der Unterstützungsbedarf im häuslichen Bereich erhöht hat.

Aber auch Menschen mit körperlichen Einschränkungen wollen und sollen ihr Leben natürlich weiterhin selbstbestimmt organisieren und gestalten. Dazu gehören selbstverständlich auch die alltäglichen Verrichtungen wie z.B. Einkaufen und die Entsorgung von Leergut. Die Dichte von Altglascontainern in Kiel ist erfreulich hoch. Allerdings haben die meisten eine Einwurfhöhe von etwa 1,60 Meter und sind damit für Menschen, die zum Beispiel auf einen Rollstuhl angewiesen sind, nicht zu benutzen. Deshalb sollten in allen Stadtteilen zumindest an zentralen Plätzen auch barrierearme unterirdische Glascontainer zur Verfügung stehen.

Gleichzeitig bieten unterirdische Glascontainer weitere Vorteile: Sie sind geräuschärmer, verfügen in der Regel über ein höheres Fassungsvermögen und laden weniger zur illegalen Müllablage im Umfeld ein als entsprechende Oberflurcontainer. Auch das spricht für die Einrichtung von Unterflursystemen gerade an zentralen Stellen in den Stadtteilen.

## **Beibehaltung von Kappungsgrenzenverordnung und Mietpreisbremse**

**Gremium:** Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** vertagt

**Historie:** Im Juni von der Ratsversammlung in den Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit überwiesen, dort im August und im September jeweils vertagt, im Oktober erneut aufgerufen und ungeändert beschlossen.

**Drucksachenummer:** 0598/2019

### **Antrag:**

Die Ratsversammlung der Stadt Kiel fordert die Landesregierung auf, die Kappungsgrenzenverordnung zu verlängern und die Regelungen der Mietpreisbremse in Schleswig-Holstein beizubehalten.

### **Begründung:**

Die Stadt Kiel fällt unter den Geltungsbereich der Mietpreisbremse und der Kappungsgrenzenverordnung. Zwar sind sowohl Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung alleine keine ausreichenden Instrumente, um den Anstieg der Mieten zu begrenzen, auf diese Instrumente zu verzichten, geht allerdings in die komplett falsche Richtung. Sowohl Kappungsgrenzenverordnung als auch Mietpreisbremse sind Regelungen in der Stadt, die notwendig sind, um den weiteren Anstieg der Mieten zumindest einzudämmen.



## **Alternative Wohnformen in Kiel**

**Gremium:** Bauausschuss, Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit, Innen- und Umweltausschuss

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** abgelehnt

**Historie:** Im September von der Ratsversammlung in den Bau-, den Innen- und Umweltausschuss und den Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit überwiesen; im November im Bauausschuss und dem Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit, im Dezember im Innen- und Umweltausschuss abgelehnt.

**Drucksachenummer:** 0339/2019

### **Antrag:**

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel begrüßt und unterstützt den Wunsch ihrer Bürger\*innen auch nach alternativen Wohnformen.

Sie bittet die Verwaltung daher, ihr bis zum Ende des Jahres Vorschläge zur Ausweisung von neuen Flächen für alternative Wohnformen wie z.B. Tiny-House-Siedlungen, Wagenplätze u.ä. und Liegeplätze für Hausboote zu unterbreiten.

Gleichzeitig sollen die juristischen Voraussetzungen zur Errichtung von unterschiedlichen alternativen Wohnformen geprüft und der Selbstverwaltung ggf. in Form einer Geschäftlichen Mitteilung zur Kenntnis gegeben werden.

Außerdem wird die Verwaltung aufgefordert, auch die Wagengruppe Schlagloch weiterhin aktiv bei der Suche nach einer (Übergangs-)Fläche (z.B. auf dem bislang ungenutzten Gelände „Prüner Schlag“) zu unterstützen.

### **Begründung:**

Angesichts steigender Miet- und Immobilienpreise sind auch in Deutschland alternative Wohnformen wie Tiny Houses im Trend. Auch in Schleswig Holstein gibt es inzwischen verschiedene Tiny-House-Projekte (z.B. in Wittenborn).

Auch zur Landeshauptstadt Kiel gehören naturgemäß vielfältigste Wünsche ihrer Bürger\*innen an ihre Wohnformen. Eine weltoffene und bunte Stadt sollte sich bemühen, ihren Menschen Raum zur Entfaltung zu geben und damit auch den individuellen Freiheiten der bundesdeutschen Gesellschaft Rechnung zu tragen. Grundsätzlich braucht Kiel Platz für alternative Wohnformen. Andernfalls suchen sich die Menschen Plätze und lösen damit neue Nutzungskonflikte aus.

Gleichzeitig bieten solche alternative Wohnformen die Chance möglicherweise auch als nicht-bebaubar angesehene Flächen zu beleben und gestalten und so dem Wohnungsnotstand entgegenzuwirken. Zudem können sie Experimentierfelder für ökologisches, nachhaltiges und solidarisches Leben und Handeln sein und bieten auf sozialkultureller und künstlerischer Ebene eine Bereicherung im Stadtbild.

## Änderungsantrag zur Drs. 0836/2019 "Smart lighting"

**Gremium:** Bauausschuss

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** zurückgezogen (übernommen)

**Historie:** Im September von der Ratsversammlung in den Bau- und in den Innen- und Umweltausschuss überwiesen; im November im Bauausschuss mit dem Zusatz „z.B.“ vor der eingeschobenen Ergänzung von der CDU übernommen, daraufhin als eigenständiger Antrag zurückgezogen.

**Drucksachenummer:** 0887/2019

### Antrag:

Der Antrag erhält folgende Form:

*„Die Verwaltung wird aufgefordert, zu prüfen, ob es in der Landeshauptstadt Kiel möglich ist, eine Straße als Testfeld mit einem smart lighting System, das darüber hinaus zusätzlich mit Lademöglichkeiten für E-Autos **in Form von Ultra-Schnellladestationen mit einer Leistung von 350 kW** ausgestattet ist, umzusetzen.*

*Die baulichen, rechtlichen sowie finanziellen Auswirkungen sind in einer Geschäftlichen Mitteilung dem Bauausschuss, dem Wirtschaftsausschuss, dem Innen- und Umweltausschuss und dem Finanzausschuss bis spätestens Ende März 2020 vorzulegen.“*

### Begründung:

Der Ausbau mit Ladestationen für E-Autos nimmt in den vergangenen Jahren bundesweit und auch in Kiel zwar erfreulich an Fahrt auf, jedoch handelt es sich dabei fast ausschließlich um Ladestationen mit einer Leistung von unter 50 kW. Diese sind zwar preislich sehr viel günstiger als moderne Ultra-Schnellladestationen, aber das Laden dauert eben auch ungleich länger.

Moderne E-Autos verfügen über Akkus, die in der Lage wären, innerhalb sehr kurzer Zeit, sehr viel Energie aufzunehmen, wenn die entsprechende Ladeinfrastruktur vorhanden wäre. Ladesäulen im öffentlichen Raum, an denen Autofahrer\*innen gezwungen sind, mehrere Stunden zu parken, bevor sie eine ausreichende Akkuladung für den Heimweg erreicht haben, sind nicht dafür geeignet, den Umstieg auf E-Autos tatsächlich zu fördern.

## **Alternativantrag zur Drs. 0850/2019 "Öffentliche Plätze den Menschen zurückgeben"**

**Gremium:** Bauausschuss

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** zurückgestellt

**Historie:** Im September mit dem Ursprungsantrag von der Ratsversammlung in den Bauausschuss überwiesen, dort im November mit dem Ursprungsantrag zurückgestellt.

**Drucksachenummer:** 0886/2019

### **Antrag:**

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, wie derzeit Autos vorbehaltener öffentlicher Raum den Menschen zurückgegeben werden kann, indem zum Beispiel Parkplätze von ihrer Funktion befreit werden.

Als Testfeld bietet sich der Wilhelmsplatz an, da die Öffentlichkeit in den letzten Monaten bereits lebhaft über die Parkplätze auf dem Wilhelmsplatz diskutiert hat.

Die öffentlichen Plätze sollen für die Menschen verfügbar sein und Aufenthaltsqualität bieten. Der Wilhelmsplatz könnte als Ergänzung zu Schrevenpark und Arndtplatz begrünt und mit einer Spiellandschaft ausgestattet werden. Außerdem sollten Abstellmöglichkeiten für Fahrräder und Lademöglichkeiten für E-Bikes vorgesehen werden.

Die konkrete Ausgestaltung der jeweiligen Plätze soll durch Bürger\*innenbeteiligung und Werkstattverfahren festgelegt werden.

Es geht ausdrücklich darum, die Zahl der Parkplätze im Innenstadtbereich zu verringern. Mit einer allmählich fortschreitenden Reduzierung der Parkmöglichkeiten im Quartier soll mittel- und langfristig eine Steuerung der Verkehrssituation hin zu einer Senkung des innerstädtischen Autoverkehrs erfolgen.

### **Begründung:**

Die Infrastruktur unserer Städte, auch die Kiels, ist bislang hauptsächlich an den Erfordernissen des Automobilverkehrs ausgerichtet. Die autogerechte Stadt ist aber ein längst überholtes Leitbild der 60er und 70er Jahre. Die jahrzehntelange automobilfreundliche Politik hat erhebliche Schäden angerichtet, den Bewohner\*innen Raum genommen, die Aufenthaltsqualität stark beeinträchtigt und, wie im Falle Kiels, Grüngürtel zerstört.

Moderne Städte sollten sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an denen ihrer Autos orientieren. Es wird daher Zeit, bisher für Autos vorgehaltenen Raum den Menschen zurückzugeben.

Wer es zudem ernst meint mit der Verkehrswende, muss bemüht sein, den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Eine der wenigen Möglichkeiten, die Kommunen dafür haben, ist es, die Nutzung eines eigenen Autos durch Verknappung von Parkmöglichkeiten unattraktiver zu machen und Verkehrsinfrastruktur an alternativen Verkehrsmitteln wie Fahrrädern auszurichten.

## **Gerechte Bezahlung in den stadt eigenen Betrieben**

**Gremium:** Hauptausschuss

**Antragssteller:** SSW, DIE LINKE

**Federführend:** SSW

**Status:** zurückgestellt

**Historie:** Im Mai von der Ratsversammlung in den Hauptausschuss überwiesen, dort im Juni bis zur Vorlage einer Geschäftlichen Mitteilung zurückgestellt, im September auf Wunsch des SSW auf die kommende Sitzung des Hautpausschusses vertagt, im November zurückgestellt.

**Drucksachenummer:** 0446/2019

### **Antrag:**

1. Die Ratsversammlung stellt fest, dass es Aufgabe und Pflicht der Aufsichtsratsmitglieder der stadt eigenen Betriebe ist, darauf hinzuwirken, dass in den stadt eigenen Betrieben eine gerechte Bezahlung erfolgt. In diesem Zusammenhang ist durchzusetzen, dass in den stadt eigenen Betrieben jeweils der TVöD oder ein anerkannter Branchentarif gezahlt wird.
2. Gastmitgliedschaften in kommunalen Arbeitgeberverbänden sind in reguläre Mitgliedschaften umzuwandeln.

### **Begründung:**

Der Fall der Kieler Bäder GmbH, die ihre MitarbeiterInnen jahrelang nach einem ‚Haustarif‘ bezahlt hat, der die dort Beschäftigten gegenüber den direkt bei der Landeshauptstadt Kiel beschäftigten MitarbeiterInnen benachteiligte, hat gezeigt, dass seitens der Politik ein Nachsteuern bei der Bezahlung der MitarbeiterInnen in den Betrieben der Stadt nötig ist.

Benachteiligungen von Beschäftigten der städtischen Betriebe sind zu identifizieren und möglichst in Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren; Arbeitnehmern, Arbeitgebern, Aufsichtsräten und Gewerkschaften, abzustellen. Gute Arbeit verdient guten Lohn, egal ob man direkt bei der Stadt oder in einem ihrer zahlreichen Betriebe beschäftigt ist.

# **Aufbau eines digitalen Aufklärungs- und Beratungsangebots zu Inter- und Transsexualität sowie zur Geschlechtsoption „divers“**

**Gremium:** Ratsversammlung

**Antragssteller:** DIE LINKE, Die FRAKTION, SSW

**Federführend:** DIE LINKE

**Status:** geändert angenommen.

**Historie:** Im August in den Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit überwiesen, dort im September in geänderter Form angenommen, im November auch in der Ratsversammlung erneut aufgerufen und in der geänderten Form beschlossen.

**Drucksachenummer:** 0621/2019

## **Antrag (Änderungen kenntlich gemacht):**

~~Die Verwaltung wird beauftragt, im ersten Quartal 2020 ein digitales, niedrighschwelliges, interaktives Aufklärungs- und Beratungsangebot im Internet zum Themenkomplex Inter- und Transsexualität sowie zur Geschlechtsoption "divers" zu entwickeln und zu betreiben.~~

~~Das Angebot soll sich sowohl an persönlich Betroffene und deren Angehörige als auch an alle Interessierten wenden. Mit einzubeziehen ist die Expertise von Verbänden wie HAKI e.V. und SCHLAU SH. Die Möglichkeiten, die sich aus dem Landtagsbeschluss Drs. 18/4842 ergeben, können ausdrücklich genutzt werden.~~

***Der Oberbürgermeister wird gebeten, die Landesregierung aufzufordern, den Landtagsbeschluss für ein Online-Informationsangebot für Inter- und Transsexualität (Drs. 18/4842) umzusetzen.***

## **Begründung:**

Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt ist in den vergangenen Jahren zunehmend ein Thema in der öffentlichen Wahrnehmung geworden und hat, nicht zuletzt infolge dessen, auch in Gesetzgebung und Rechtsprechung zunehmend Anerkennung und Berücksichtigung gefunden.

Allerdings ist die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen nur ein kleiner, wenngleich auch sehr wichtiger, Schritt hin zu tatsächlicher gesellschaftlicher Anerkennung. Auch die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist seit Bestehen der Bundesrepublik im Grundgesetz verankert und durch Bundesgesetzgebung in den 50er und 70er Jahren formaljuristische Wirklichkeit und trotzdem immer noch nicht vollständige gesellschaftliche Realität.

Es wird weiterhin viel Aufklärungs- und Beratungsarbeit zu leisten sein, um geschlechtliche und sexuelle Vielfalt in den Köpfen der Menschen zu verankern. Bei einem Themenbereich der so sehr in den persönlichsten Bereich von Menschen hineinreicht wie die geschlechtliche und sexuelle Identität und der nach wie vor häufig gesellschaftlich tabuisiert und schambehaftet ist, sind als Einstieg auch sehr niedrighschwellige und anonym zu nutzende Angebote notwendig. Hierfür bietet gerade das Internet gute Möglichkeiten, die sich gut mit weiterführenden Informationen über Beratungsstellen vor Ort ergänzen lassen.

Auch das Land Schleswig-Holstein hat mit dem Antrag „Rechte von trans- und intersexuellen Menschen stärken“ (Drucksache 18/4842) unter anderem den Aufbau eines digitalen Vernetzungs- und Informationsportals (Wissensnetz) für intersexuelle und transsexuelle Menschen und deren Angehörige beschlossen.

# **Gegen Antisemitismus und für den Schutz der jüdischen Gemeinden in Kiel – Gemeinsame Resolution der Ratsversammlung**

**Gremium:** Ratsversammlung

**Antragssteller:** SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE, FDP, SSW, Die FRAKTION

**Federführend:** SPD

**Status:** angenommen

**Drucksachenummer:** 1006/2019

## **Antrag:**

Die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel verurteilt das rechtsterroristische Attentat vom 9. Oktober 2019 in Halle/Saale, drückt den Opfern des Anschlages und ihren Angehörigen ihr tiefes Mitgefühl aus und steht fest an der Seite aller jüdischen Mitmenschen. Sie tritt jeglicher Form des Antisemitismus entgegen. Das Attentat von Halle/Saale entstand nicht im luftleeren Raum: Wer Geflüchtete, Andersdenkende, Minderheiten allgemein abwertet und ausgrenzt, der verschiebt systematisch und planvoll die Grenzen des Anstands und der Menschlichkeit. Die Ratsversammlung verurteilt jede menschenverachtende und menschenfeindliche Rhetorik und Erzählung – sie bereiten den Boden für Gewalttaten wie in Halle/Saale. Die Ratsversammlung unterstützt den Stadtpräsidenten, weiterhin den Dialog mit den beiden jüdischen Gemeinden in Kiel zu führen, und bittet die Verwaltung, der Ratsversammlung Vorschläge zur weiteren Verbesserung des Schutzes der beiden jüdischen Gemeinden in Kiel durch städtische Maßnahmen vorzulegen und ihr über behördliche Schritte in kommunaler Zuständigkeit zu berichten. Darüber hinaus sollen auch zusätzliche präventive Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus fortgesetzt, gestärkt und weiterentwickelt werden. Die der Ratsversammlung vorzulegenden Vorschläge sind im Austausch mit beiden jüdischen Gemeinden zu entwickeln.

## **Begründung:**

Mit tiefer Betroffenheit hat die Ratsversammlung der Landeshauptstadt Kiel Kenntnis genommen von dem rechtsterroristischen Attentat vom 9. Oktober 2019 in Halle/Saale, bei dem zwei Menschen ihr Leben verloren, andere verletzt und eine Vielzahl jüdischer Menschen in einer Synagoge mit dem Leben bedroht waren. Dieses Attentat hat weit über die Grenzen von Halle/Saale für Entsetzen gesorgt. Mit dieser Resolution stellt sich die Kieler Ratsversammlung fest an die Seite der Menschen jüdischen Glaubens in Kiel und anderenorts, verurteilt jegliche Form des Antisemitismus und der Gewalt und betont ihre Entschlossenheit, das jüdische Leben in Kiel und die beiden jüdischen Gemeinden in Kiel (Jüdische Gemeinde Kiel e.V. und Jüdische Gemeinde Kiel und Region e.V.) zu schützen.

# Änderungsantrag zu Drs. 0959/2019 "Hebesatz der Gewerbesteuer prüfen"

**Gremium:** Ratsversammlung

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** Der ursprüngliche Antrag wurde von der FDP in der Sitzung zurückgezogen, damit ist auch der Änderungsantrag erledigt

**Drucksachenummer:** 1136/2019

## Antrag:

Der Antrag erhält folgende Form:

„Die Ratsversammlung bittet die Verwaltung, die Auswirkungen einer ~~Senkung~~ **Änderung** des Hebesatzes der Gewerbesteuer in Kiel in Form:

- a) **einer Senkung** um 20 Punkte
- b) **einer Senkung** um 50 Punkte
- c) **einer Erhöhung um 20 Punkte**
- d) **einer Erhöhung um 50 Punkte**

auf den Haushalt zu prüfen und in einer geschäftlichen Mitteilung darzustellen. Darüber hinaus bittet die Ratsversammlung die Verwaltung, die Struktur der Unternehmenslandschaft in Kiel und die Auswirkungen einer Veränderung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf diese Unternehmenslandschaft zu erläutern. Die geschäftliche Mitteilung soll bis zur Juni-Sitzung der Ratsversammlung vorgelegt werden.

## Begründung:

Grundsätzlich unterscheidet die Gewerbesteuer nicht zwischen großen und kleinen Unternehmen: Die Hebesätze gelten für alle gleich. Um aber kleine und mittlere Betriebe zu schützen, gilt für natürliche Personen und Personengesellschaften (also die Gesellschaftsformen, in denen auch gerade StartUps überwiegend gegründet werden) ein Freibetrag von 24.500 €. Gleichzeitig ist die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer seit 1998 ausschließlich der Gewerbeertrag, also nur der nach Einkommenssteuer- bzw. Körperschaftssteuerrecht zu bestimmende Gewinn eines Betriebes. Es besteht daher auch für kleine und mittlere Unternehmen nicht die Gefahr, dass sie durch die Gewerbesteuer in ihrer Existenz gefährdet werden.

Die Gewerbesteuer dient dem Zweck, Unternehmen an den Kosten für Leistungen und Infrastruktur, die sie an ihrem Standort in Anspruch nehmen, zu beteiligen. In Oberzentren wie den Großstädten Lübeck und Kiel stehen den Unternehmen mehr und bessere infrastrukturelle Einrichtungen und Leistungen zu Verfügung als in ländlichen Räumen oder kleineren Städten, damit ist auch ein höherer Hebesatz der Gewerbesteuer durchaus gerechtfertigt.

Trotzdem muss eine Prüfung der Auswirkungen einer Änderung des Hebesatzes der Gewerbesteuer nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Allerdings sollte dann nicht nur einseitig eine Senkung des Hebesatzes, sondern genauso eine Erhöhung geprüft werden.

## **Demokratischen Grundkonsens achten, Nationalismus ächten!**

**Gremium:** Ratsversammlung

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** Da die Kooperation nicht bereit war, den Antrag als Mitantragstellerin zu unterstützen, vor der Sitzung zurückgezogen

**Drucksachennummer:** 1080/2019

### **Antrag:**

Die Landeshauptstadt Kiel steht für eine Kultur der Toleranz und Weltoffenheit.

Kiel ist seit Jahrzehnten Sinnbild für das friedliche Miteinander von hier geborenen und zugezogenen Menschen und ist mit einem Anteil von 20 Prozent der Bürgerinnen und Bürger mit einem so genannten Migrationshintergrund ein Vorbild für eine Gesellschaft im Zeichen der Integration und Vielfalt.

Die Ratsversammlung ist sich ihrer historischen Verantwortung für die Wahrung von Demokratie und Freiheit bewusst. Die Ratsversammlung bekennt sich daher erneut zu ihrer demokratischen, antirassistischen und antifaschistischen Tradition. Sie wird sich jeder Form von Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung entgegenstellen.

### **Begründung:**

Antifaschismus und die Gegnerschaft und Ablehnung von rassistischen, völkisch-nationalistischen und antisemitischen Umtrieben sind keine „linksextremistischen“ Auswüchse, sondern Grundwerte unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung.

Versuche (z.B. der rechtspopulistischen und mindestens in Teilen rechtsextremistischen Partei AfD, die Menschen wie dem Faschisten Björn Höcke eine politische Heimat gewährt), diesen Grundkonsens unserer Gesellschaft in Frage zu stellen, sind zwar erwartbar aber nicht hinnehmbar. Sie bereiten den Nährboden für immer aggressivere und gewaltbereite rechtsextremistische Haltungen die z.B. in den Taten rechtsterroristischen NSU, dem Mord an Walter Lübcke oder dem Anschlag und den Morden in Halle gipfeln.



# Climate Emergency, erste Beschlüsse zur Resolution Änderungsantrag zur Drucksache 0901/2019

**Gremium:** Ratsversammlung

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** abgelehnt

**Drucksachennummer:** 1113/2019

## **Antrag:**

Die Beschlussvorlage wird wie folgt geändert/ergänzt:

„[...]“

11. M-013

*Ruhender Verkehr*

*Es wird beschlossen, dass im Rahmen des Green City Plans eine Neubewertung und Neuordnung ~~mit einer Erweiterung~~ der Bewirtschaftung des Parkraums (Maßnahme I.a-8 aus Green City Plan) erfolgen soll. **Die bewirtschafteten Parkflächen sollen im Innenstadtbereich sukzessive reduziert werden, bislang kostenfreie Parkflächen werden komplett in bewirtschaftete (Anwohner-)Parkplätze umgewandelt oder abgebaut. Im Außenbereich der Stadt Park- & Ride Anbindungen in die Stadt geschaffen werden. Zudem sollen wo möglich auch an den Bahnhöfen der angrenzenden Umlandgemeinden sollen in Zusammenarbeit mit diesen Park- & Ride Flächen geschaffen werden. Im ersten Quartal 2020 ist zum Umsetzungsstand zu berichten. Begleitend sollen weitere Punkte des Maßnahmenblatt M-013 Ruhender Verkehr kurzfristig in Umsetzung gebracht werden.***

[...]

24. H-002 und G-008

*Energieeffizienz im Neubau*

***Festsetzungen in der Bauleitplanung, Vereinbarungen in städtebaulichen Verträgen und Energie(effizienz)konzepte im Rahmen von städtebaulichen Wettbewerben werden zukünftig so gestaltet, dass Dachflächen bei Neubauten oder Sanierungen grundsätzlich so herzustellen sind, dass eine Nutzung von Photovoltaik-Anlagen möglich ist.***

25. M-016

*Autofreie Innenstadt*

***Die Priorität der Maßnahme wird von „mittel“ auf „hoch“ geändert, das Tempo zum Erreichen einer Innenstadt ohne MIV wird massiv erhöht. In einem ersten Schritt werden die bislang nur während der Kieler Wochen temporär gültigen (und damit bereits erprobten) Einschränkungen für den MIV in der Innenstadt zeitnah als Dauerlösung eingeführt.***

26. Heizpilze verbieten

***Es wird eine satzungsrechtliche Regelung herbeigeführt, wonach die Aufstellung von Heizstrahlern auf öffentlichen Flächen generell untersagt wird.***

**27. Appell zum Verzicht auf den Ausbau der B404 sowie den Bau der sog. Südspange und die Ostuferentlastungsstraße (Ostring 2)**

**Die Stadt appelliert an den Bund, auf den (Aus-)bau der genannten Straßen auf städtischem Gebiet zu verzichten und die Planungen dazu einzustellen.**

**28. Reduzierung des Kreuzfahrttourismus**

**Die Stadt ergreift alle nötigen Maßnahmen, um die Zahl der Kreuzfahrtanläufe in Kiel zunächst auf dem aktuellen Stand einzufrieren und zukünftig sukzessive zu reduzieren.“**

**Begründung:**

Etwa 80 % der CO<sub>2</sub>-Emissionen werden in Städten erzeugt und gerade der Verkehrssektor bietet hier eines der größten Einsparpotenziale. Wirklich wirksame Maßnahmen, die Kiel als Reaktion auf den anerkannten Klimanotstand ergreifen kann, müssen das berücksichtigen. Es ist daher unumgänglich, den motorisierten Individualverkehr möglichst schnell und möglichst weitgehend einzuschränken, statt ihn weiter zu fördern. Ziel für Kiel muss es sein, möglichst viele Autos aus der Stadt herauszuhalten und das Ziel einer autofreien Innenstadt möglichst schnell zu verwirklichen. Der weitere Ausbau der Infrastruktur gerade für diesen Verkehrssektor durch den Ausbau der B404, den Bau der Südspange und der Ostuferentlastungsstraße wären kontraproduktiv. Stattdessen müssen einerseits mehr Möglichkeiten geschaffen werden, auch ohne eigenes Fahrzeug in die Stadt zu gelangen und andererseits muss die Attraktivität des Besuchs der Innenstadt mit dem eigenen Auto gesenkt werden.

Kiel sollte als Stadt, die den Klimanotstand anerkannt hat und sich selbst das strategische Ziel „Klimaschutzstadt“ gesetzt hat, endlich aufhören, den Klimakiller Kreuzfahrttourismus weiter zu fördern und auszubauen. Auch wenn es aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten schmerzhaft sein mag: Die Zahl der Kreuzfahrtanläufe darf nicht weiter steigen, sondern muss, im Gegenteil, wieder konsequent verringert werden.

Zudem müssen die guten Ansätze zur Steigerung des Potentials von Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen, die der Masterplan Klimaschutz für kommunale Gebäude vorsieht so weit als möglich auf alle Neubauten und Sanierungen ausgeweitet werden. Und auch wenn es angenehm sein mag, auch an kühlen Abenden im Freien vor Cafés und Restaurants im Freien zu sitzen: Heizpilze, die schon fast ein Symbol für die sorglose und überflüssige Verschwendung von Energie bei gleichzeitig möglichst hoher CO<sub>2</sub>-Erzeugung sind, haben in einer Klimaschutzstadt einfach nichts zu suchen!

## Kunst im Öffentlichen Raum am Hörnbad

**Gremium:** Kulturausschuss

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** geändert angenommen

**Historie:** Im Mai in der Sitzung des Ausschusses zurückgestellt, nun erneut aufgerufen und in geänderter Fassung als gemeinsamer Antrag von LINKER, Kooperation und SSW beschlossen.

**Drucksachenummer:** 0413/2019

### Antrag:

Die Landeshauptstadt Kiel stellt 1% der, gegenüber der ursprünglichen Planungssumme von 17 Mio. € zzgl. des kalkulatorischen Verkaufserlöses aus dem Grundstück der Gaardener Schwimmhalle (vgl. Drs.1141/2009), beim Bau des Hörnbades zusätzlich angefallen Mehrkosten sowie eine geeignete Fläche auf dem Parkplatz des Hörnbades oder in unmittelbarer Umgebung des Hörnbad-Geländes für ein Kunst-im-öffentlichen-Raum-Projekt zur Verfügung und initiiert eine entsprechende Ausschreibung. Bei der Ausschreibung und der Vergabe der Mittel wird der Kunstbeirat gemäß den Leitlinien für die kommunale Kulturförderung beteiligt.

### Begründung:

Das Hörnbad war und ist vor und nach seiner Eröffnung in der Öffentlichkeit durch vielfältige Probleme aufgefallen und dementsprechend starker Kritik ausgesetzt. Unabhängig von der ursprünglichen Haltung zu der Zentralisierung der Kieler Bäderlandschaft und der Ausgestaltung des Zentralbades, ist nun, nachdem das Hörnbad fertiggestellt und der Öffentlichkeit übergeben ist, ein positives Image und Bezug der Kieler Bevölkerung zu dieser Einrichtung wünschenswert.

Zur Entwicklung eines solchen positiven Bezugs kann auch Kunst im öffentlichen Raum einen Beitrag leisten. Nachdem die Möglichkeit, den Bildentwurf „Auf einmal hatte ich einen Schuss in der Milchkanne“ von Prof. Piotr Nathan an der Fassade des Hörnbades anzubringen, verneint werden musste, da die Fassadengestaltung des Bades geschützt ist, ist ein Kunstprojekt auf, oder in der Umgebung, des Parkplatzes des Hörnbades naheliegend.

Ab 2018 sollen bei Investitionen im Hoch- und Tiefbau in der Landeshauptstadt Kiel Mittel im Umfang von 0,3% der Bruttobaukosten für Kunst im öffentlichen Raum zur Verfügung gestellt werden. Die Investitionen in den Bau des Hörnbades liegen zeitlich jedoch vor 2018. Eine nachträgliche Berechnung auf Grundlage der Gesamtinvestitionskosten erscheint unverhältnismäßig und wäre als Einzelfall gegenüber anderen Investitionen, bei denen entsprechende nachträgliche Mittelbereitstellungen für Kunst im öffentlichen Raum nicht stattfinden, nur schwer zu begründen. Das könnte den Zweck eines solchen Kunstprojektes konterkarieren. Anders sieht es jedoch mit den nachträglich entstandenen Mehrkosten aus. Hier ließe sich argumentieren, dass die Bevölkerung so einen künstlerischen Ausgleich für diese Mehrkosten zurückerhält. 1% der Kosten scheint in diesem Fall, in Anlehnung an von Bund und Ländern häufig angesetzter, „glatter“ Wert für Kunst im öffentlichen Raum als angemessen.

### Beschlossene Fassung:

Die Verwaltung wird gebeten, einen Vorschlag für die Realisierung eines Kunst-im-öffentlichen-Raum-Projekts am Hörnbad vorzulegen.

## **Leerstände reduzieren - Nahversorgung stärken**

**Gremium:** Wirtschaftsausschuss

**Antragssteller:** SSW, DIE LINKE

**Federführend:** SSW

**Status:** Zurückgestellt, bis zur Vorstellung des neuen Einzelhandelskonzeptes in den Ortsbeiräten.

**Historie:** Im November 2018 von der Ratsversammlung in den Wirtschaftsausschuss überwiesen. Dort im November 2018 und im Mai 2019 jeweils zurückgestellt, nun erneut aufgerufen.

**Drucksachenummer:** 0834/2018

### **Antrag:**

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie dauerhaft leerstehende Geschäfte und andere für die Nahversorgung geeignete Objekte durch die Landeshauptstadt Kiel aufgekauft oder angemietet und vergünstigt an vor Ort benötigtes Gewerbe weitervermietet werden können. Die Situation in der Fußgängerzone in Friedrichsort und am Andreas-Hofer-Platz in Elmschenhagen ist in die Prüfung einzubeziehen.

Die Einbindung von sozialen Projekten und/oder Trägern von sozialen Institutionen soll in die Prüfung einbezogen werden. Als ein Beispiel können die CAP-Märkte dienen. CAP-Märkte bieten Menschen mit Behinderung Arbeitsmöglichkeiten.

In die Entscheidung, welche Objekte aufgekauft werden, sollen die jeweiligen Ortsbeiräte maßgeblich mit einbezogen werden. Bereits vorhandenen Geschäften und Unternehmen vor Ort soll die Möglichkeit gegeben werden, an dem Programm teilzunehmen. Das zu erstellende Handlungskonzept soll in Bezug auf seine Durchführbarkeit im Hinblick auf die Einhaltung der Wettbewerbsregeln auf Bundes- und EU-Ebene geprüft werden.

### **Begründung:**

Der Großteil der Kieler BürgerInnen lebt in den Stadtteilen. Um die Wege für den steigenden Anteil an SeniorInnen in der Bevölkerung kurz zu halten und um die innerstädtische Verkehrsbelastung zu reduzieren, bedarf es einer funktionierenden Nahversorgung, die durch ein Eingreifen der Landeshauptstadt sichergestellt werden kann: Indem durch Ankauf und eigene Vermietung auskömmliche Konditionen für potenzielle Mieter bisher leer stehender Geschäfte geschaffen werden.

Die Einbindung von sozialen Projekten und/oder Trägern von sozialen Institutionen soll in die Prüfung einbezogen werden, da es bereits funktionierende Beispiele gibt, die für Kiel eine Bereicherung darstellen können. Grundgedanke der CAP-Märkte ist die Verbesserung der Arbeitsplatzsituation und die Erweiterung der Möglichkeiten für die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung. Durch die Eröffnung von zentrumsnahen Lebensmittelmärkten wird die Möglichkeit eröffnet, geeignete Arbeitsplätze für diese Menschen außerhalb der Werkstatt zu schaffen und diese auch langfristig zu sichern. Menschen mit Behinderung, also Menschen mit Handicap, sind das Herzstück dieser Lebensmittelmärkte. Es gibt bereits 104 CAP-Märkte im Bundesgebiet.

Wir wollen, dass geprüft wird, ob dieses Konzept geeignet ist, um die Nahversorgung in den Stadtteilen zu unterstützen.

Damit stärkt die Landeshauptstadt nicht nur ihre Stadtteilzentren, sondern wertet die Quartiere durch das Schaffen kurzer Wege entscheidend auf.

## Stadtwald in Naturwald umwandeln

**Gremium:** Finanzausschuss, Ratsversammlung

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** abgelehnt

**Historie:** Zunächst in der Haushaltssitzung des Finanzausschusses zurückgestellt, aufgrund eines formellen Fehlers in Bezug auf die Zurückstellung dennoch in der Ratsversammlung aufgerufen und dort abgelehnt.

**Drucksachenummer:** 1150/2019

### Antrag:

Der Kieler Stadtwald wird vollständig in Naturwald umgewandelt, von einer weiteren forstwirtschaftlichen Nutzung wird abgesehen.

### Begründung:

In Deutschland werden jährlich durchschnittlich etwa 1,3 Kubikmeter Holz pro Kopf verbraucht, der Anteil von 1.823 Festmetern Holz, die in den Jahren 2009 – 2018 durchschnittlich im Kieler Stadtwald geerntet wurden (vgl. Drs. 0844/2019), ist damit, auf die Einwohnerschaft Kiels gerechnet, nicht relevant.

Laut der Antwort auf die Kleine Anfrage „Bewirtschaftung Stadtwald“ belaufen sich die Gesamterträge aus der Bewirtschaftung des Waldes auf 559.000 € gegenüber Gesamtkosten von 4.470.000 €. Laut des Teilplans 555 „Land- und Forstwirtschaft“ zur „Bewirtschaftung des stadteigenen Waldes zur Produktion von Holz und Nebenprodukten, incl. Verkauf“ im Haushaltsplanentwurf stehen in 2020 und den Folgejahren Erträgen von konstant 17.600 € jährlich steigende Aufwendungen von (minimal) 133.500 € aus der rein forstwirtschaftlichen Nutzung des Kieler Stadtwaldes gegenüber. In Zeiten angespannter Haushaltslage ist die forstwirtschaftliche Nutzung des Stadtwaldes damit ein Luxus, auf den die Landeshauptstadt Kiel verzichten sollte.

Gleichzeitig haben Naturwälder eine Reihe von entscheidenden Vorteilen, die sie zu einem wichtigen Bestandteil eines funktionierenden Waldnaturschutzes machen.

In Naturwäldern laufen die Prozesse der Natur ohne den Eingriff von Förstern ab: Stürme, Insektenbefall, Verbiss durch Rehe und Schwarzwild beeinflussen die Wälder ohne Steuerung. Bäume wachsen nicht da, wo sie gepflanzt werden, sondern wo ihre Samen von alleine im Waldboden aufkeimen. Alte Bäume werden nicht gefällt, sondern fixieren noch lange Zeit Kohlendioxid aus der Luft und bieten Lebensraum für andere Pflanzen, Tiere und Pilze. Tote Bäume werden durch Käfer, Würmer und andere Tierarten wieder dem Nährstoffkreislauf zugeführt.

In einem Naturwald entsteht also ein buntes Mosaik von jungen, alten und toten Bäumen mit einer Fülle an Lebensräumen für viele Tier- und Pflanzenarten, die auf solche Mosaik eingewiesen sind. Solch ein Zustand lässt sich nicht oder nur mit sehr großem Aufwand künstlich herstellen.

Zusätzlich sind alte Bäume auch ein Beitrag zum Klimaschutz, da sie noch viele Jahrzehnte - manche Baumarten auch für Jahrhunderte - schädliche Klimagase aus der Luft entfernen und Sauerstoff abgeben.

Das gewachsene Ökosystem eines alten Waldes braucht nach Störungen Jahrhunderte, um sich wieder zu erholen. Je früher wir also anfangen Teile unserer Wälder für künftige Generationen komplett zu erhalten, umso besser (Quelle: BUND).

## **Stellenplan ausfinanzieren!**

**Gremium:** Finanzausschuss, Ratsversammlung

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** abgelehnt

**Historie:** Zunächst in der Haushaltssitzung des Finanzausschusses abgelehnt, aufgrund eines formellen Fehlers in Bezug auf die Ablehnung dennoch in der Ratsversammlung aufgerufen und auch dort abgelehnt.

**Drucksachenummer:** 1149/2019

### **Antrag:**

Der Stellenplan wird in der Form ausfinanziert, dass im Haushaltsplan Personalmittel (mindestens) in der Höhe eingestellt werden, dass eine Besetzung aller im Stellenplan vorgesehenen Stellen zumindest theoretisch möglich wäre.

### **Begründung:**

Es ist bedauerlich, wenn es aufgrund von fehlenden (geeigneten) Bewerber\*innen nicht gelingt, die im Stellenplan vorgesehenen Stellen auch tatsächlich vollständig zu besetzen. Es muss aber dennoch das Bestreben der Personalverantwortlichen in der Verwaltung sein, eine 100 %ige Besetzung der vorgesehenen Stellen auch zu erreichen. Wenn die Kämmerei mit Verweis darauf, dass im Höchstfall eine Besetzung von 95 % erreicht werden könne, im Haushaltsplan auch nur für diese Quote Mittel bereitstellt, widerspricht das Haushaltsehrlichkeit und –transparenz. In diesem Fall wäre es folgerichtig, die Stellen, von denen die Verwaltung ausgeht, sie keinesfalls besetzen zu können, auch aus dem Stellenplan zu streichen.

Zumindest theoretisch müssten sogar mehr Personalmittel im Haushaltsplan hinterlegt werden, als für eine genau 100%ige Besetzung der vorgesehenen Stellen notwendig wäre, um im Fall von absehbaren Renteneintritten u.ä. schon vor dem Weggang von Kolleg\*innen entsprechende Nachfolger\*innen einzustellen, einzuarbeiten und so einen nahtlosen Übergang ohne unnötige Mehrbelastung zu ermöglichen.

## **(Re-)Integration des Produktkatalogs in den Haushaltsplan**

**Gremium:** Finanzausschuss, Ratsversammlung

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** abgelehnt

**Historie:** Zunächst in der Haushaltssitzung des Finanzausschusses vertagt aufgrund eines formellen Fehlers in Bezug auf die Vertagung dennoch in der Ratsversammlung aufgerufen und dort abgelehnt.

**Drucksachenummer:** 1177/2019

### **Antrag:**

Zukünftig wird der Produktkatalog sowohl wieder in die, auf den Seiten der Landeshauptstadt Kiel abrufbaren, pdf-Unterlagen des Haushaltsplanentwurfs, als auch, inklusive Produktzielen, Zielerreichungs- sowie Wirkungskennzahlen, im COAST, direkt in den Haushaltsplanentwurf integriert.

### **Begründung:**

Spätestens seit Einführung der doppelstrukturierten Haushaltsplanung in Kiel ist angestrebt, dass die Selbstverwaltung die Haushaltsplanung ziel- und wirkungsorientiert steuern soll. Dies soll in erster Linie über die Ziele sowie die Wirkungs- und Zielerreichungskennzahlen geschehen. Allerdings sind eben diese Ziele und Kennzahlen in den Haushaltsplänen der Landeshauptstadt Kiel ausschließlich in den einzelnen Produkten enthalten. Dadurch, dass ausgerechnet die Produkte neuerdings in den Produktkatalog ausgelagert und weder im als pdf-Dokument und als ausgedruckte Papierversion zur Verfügung gestellten Haushaltsplanentwurf, noch online im COAST enthalten sind, wird die ziel- und wirkungsorientierte Steuerung der Haushaltsplanung unnötig erschwert.

## Konzept zur Wahlwerbung in Kiel

**Gremium:** Innen- und Umweltausschuss

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** Zurückgestellt

**Historie:** Im November 2018 von der Ratsversammlung in den Innen- und Umweltausschuss überwiesen. Dort im Dezember 2018 für 6 Monate zurückgestellt. Im Juni bis zur Einberufung eines interfraktionellen Arbeitskreises zu diesem Thema (oder längstens 6 Monate) weiter zurückgestellt. Nun turnusgemäß erneut aufgerufen und erneut zurückgestellt.

**Drucksachenummer:** 0959/2018

### Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt ein Konzept zur Neuregelung der Plakatierung von Wahlplakaten im Kieler Stadtgebiet zu entwickeln und der Selbstverwaltung zusammen mit einer Kostenschätzung im ersten Halbjahr 2019 vorzulegen.

Ziel soll es dabei sein, die ausufernde Plakatierung zu Wahlen einzuschränken und, ähnlich wie beispielsweise in Flensburg, auf von der Stadt zur Verfügung gestellte Plakatwände an zentralen Stellen und Großflächen zu beschränken.

### Begründung:

Die Plakatierung zu Wahlen nimmt, nicht zuletzt durch die immer größere Zahl von werbenden Parteien, immer größere Ausmaße an. Die Plakatflut mit bis zu sechs Plakaten an einem Laternenpfahl an jeder halbwegs wichtigen Kreuzung im Stadtgebiet beschädigt das Straßenbild und dürfte im Vergleich zu einer geregelten Wahlwerbung an zentralen Punkten keinen wirklichen demokratischen Mehrwert haben.

Die große Anzahl der Plakate und der damit verbundene Ressourcenverbrauch und der anschließende Müllberg zu jeder Wahl ist zudem eine unnötige ökologische Belastung. Die Eindämmung durch Vorgaben der zuständigen Behörden zur Anzahl der aufgehängten Plakate muss schon allein aus den fehlenden Möglichkeiten zur tatsächlichen Überprüfung der Zahl der aufgehängten Plakate scheitern. Vorgaben zur maximalen Höhe zum Aufhängen sind wirkungslos, da schon hängende Plakate regelmäßig von nachfolgend angebrachten Plakaten nach oben geschoben werden.

Auch die mit der Entsorgung verbundenen Kosten für Stadt und die Parteien sind in der derzeitigen Form nur schwer hinnehmbar. So ist es beispielsweise kaum nachvollziehbar, dass besondere Sorgfältigkeit beim Einsammeln der Plakate durch die Parteien nach Wahlen durch entsprechend erhöhte Gebühren für die Entsorgung doch übersehener Plakate „bestraft“ wird. So kostete ein im Auftrag der Stadt entsorgtes Plakat nach der Landtagswahl 2017 die entsprechende Partei 2,40 €, nach der Kommunalwahl 2018 aber ganze 10 €! Regelungen wie in Flensburg sind hier wegweisend und vorbildhaft, eine entsprechende Regelung für Kiel entsprechend wünschenswert.



## Änderungsanträge zum Haushaltsplanentwurf

**Gremium:** Finanzausschuss, Ratsversammlung

**Antragssteller:** DIE LINKE

**Status:** Traditionsgemäß, wie nahezu alle Oppositionsanträge, pauschal abgelehnt

**Drucksachenummer:** 1176/2019

### Anträge:

Planjahr 2020						
Haushaltsposition	Bezeichnung	Erläuterung	Erträge	Aufwendungen	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen
1112  111207	<b>Steuerungsunterstützung und Verwaltung der Dezernate</b> Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	Im Rahmen des COAST-Berichtswesens wird ein zusätzliches Modul angeschafft und fortlaufend gepflegt, welches die bereits im maschinenlesbaren Format vorhandenen Kennzahlen visuell zur Einsichtnahme durch interessierte Einwohner*innen auf der Website der Stadt bereitstellt		10.000		
1115 111505	<b>Immobilienwirtschaft</b> Baumanagement	Es wird eine konkrete Planung zur Umsetzung von Sanitärräumen unter Berücksichtigung der Geschlechtsoption "divers" in den öffentlichen Gebäuden erstellt.		100.000		
122	<b>Ordnungsangelegenheiten</b>	Die Einnahmen durch die Hundesteuer (Sachkonto 40320000) werden zu 50 % als zusätzliche Zuwendung an den Kieler Tierschutzverein ausgezahlt		510.000		
271 271001	<b>Volkshochschulen</b> Bildungsveranstaltungen und besondere Dienstleist. im Bildungs- u. Kulturbereich	Die Volkshochschule bietet Kurse für Rentner*innen und Leistungsempfänger*innen bzw. Kielpassinhaber*innen kostenfrei an. Das Produktziel wird entsprechend ergänzt um einen weiteren Spiegelstrich: "- Ermöglichung einer Teilhabe im Bildungs- und Kulturbereich für finanziell schlecht gestellte Bürger*innen". Als weitere Zielerreichungskennzahl wird der Anteil der von dieser Personengruppe kostenfrei genutzten Kursbelegungen angegeben. Ziel soll hierbei eine Quote von 10 % sein. Die erwarteten Erträge aus privatrechtlichen Leistungsentgelten werden entsprechend gekürzt.	-195.000			

Haushaltsposition	Bezeichnung	Erläuterung	Erträge	Aufwendungen	Einzahlungen	Auszahlungen
361	<b>Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in -pflege</b>	Unter der Nummer 361004 wird ein neues Produkt "Förderung der kurdischen Muttersprache" eingeführt. Unter diesem Produkt soll ein Pool mit 4 Vollzeit-Erzieher*innen-Stellen geschaffen werden, der dazu dienen soll, tageweise an verschiedenen Kindertageseinrichtungen die kurdische Muttersprache und damit die Sprachkompetenz im Elementarbereich zu fördern.		180.000		
412	<b>Gesundheits-einrichtungen</b>	Der Verhütungsmittelfonds wird jährlich um 20.000 Euro aufgestockt um zukünftig zum vorbeugenden Schutz vor sexuell übertragbaren Infektionskrankheiten auch Kondome und Lecktücher an finanziell schlecht gestellte Bürger*innen kostenfrei abzugeben.		20.000		
522 5220050001	<b>Wohnbauförderung</b> Kommunaler Wohnungsbau	Die Mittel für den Aufbau der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft werden auf 30 Millionen Euro pro Jahr erhöht mit dem Ziel, im Zeitraum der nächsten zehn Jahre einen Bestand von etwa 13.000 Wohnungen aufzubauen und im Bestand zu halten				24.310.000
537 537001	<b>Abfallwirtschaft</b> Aufgaben des Abfallwirtschaftsbetriebes	Es wird ein mobiler "Toilette für alle"-Container angeschafft um ihn bei Veranstaltungen im Kieler Stadtgebiet bereitstellen zu können				60.000
555 555001	<b>Land- und Forstwirtschaft</b> Waldwirtschaft und Ökosystemmanagement	Auf eine Bewirtschaftung des Kieler Stadtwaldes wird zukünftig verzichtet. Erträge und Aufwendungen entfallen	-17.600	-133.500		
561 561006	<b>Umweltschutzmaßnahmen</b> Klimaschutz und Energie	Es wird eine zusätzliche TVöD E 13 Stelle geschaffen, um die Umsetzung des Klimaschutzplans sicherzustellen		68.800		
561006	Klimaschutz und Energie	Es wird ein zusätzlicher Verfügungsfonds "Climate Emergency" eingerichtet um unterjährig kurzfristig Mittel zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen als Reaktion auf den Klimanotstand bereitstellen zu können. Die Freigabe erfolgt durch den Innen- und Umweltausschuss		1.000.000		

Haushaltsposition	Bezeichnung	Erläuterung	Erträge	Aufwendungen	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen
571	<b>Wirtschaftsförderung</b>	Die institutionelle Förderung des Kiel Marketing e.v. wird auf 650.000 € pro Jahr reduziert und damit etwa auf dem Stand vor 2018 stabilisiert.		-105.000		
5731	<b>Einrichtungen und Unternehmen</b>					
573101	Eigenbetrieb Beteiligungen	Die Busse und Haltestellen der KVG werden sukzessive mit der notwendigen Technik ausgerüstet, um den Fahrgästen kostenfreien WLAN-Zugang bereitzustellen Als Produktziel wird eingestellt: "Die Aufwendungen werden durch Beschränkung der Anzahl und der Ausgestaltung städtischer Empfänge auf dem Niveau von 2017 stabilisiert				250.000
573104	Repräsentation und Bewirtung			-83.800		
		Summen	-212.600	1.566.500	0	24.620.000
		Saldo		-1.779.100		24.620.000

# Bewirtschaftung des Kieler Stadtwaldes

Gremium: Ratsversammlung

Drucksachenummer: 0844/2019

## Kleine Anfrage:

1. **Wieviel Holz wurde in den vergangenen zehn Jahren durchschnittlich jährlich im Kieler Stadtwald geerntet?**

**Antwort:** In den Jahren 2009 bis 2018 wurden durchschnittlich pro Jahr 1.823 Festmeter geerntet

2. **Welchen Nutzungen wurde dieses Holz in der Region zugeführt, welcher Anteil wurde aus der Region exportiert?**

**Antwort:** Die Nutzung in der Region wurde hauptsächlich dem Bausektor, z.B. für den Bau von Dachstühlen, zugeführt. Geringere Anteile wurden für die Produktion von Fußbodendielen nach Dänemark und zur Herstellung von Furnierware nach Bayern verkauft.

3. **Welche Kosten entstanden in diesem Zeitraum durch die Bewirtschaftung des Stadtwaldes und welche Einnahmen wurden erzielt?**

**Antwort:** Die Kosten für die Bewirtschaftung des Kieler Stadtwaldes beinhalten vor allem sämtliche Leistungen für das Vorhalten des Waldes als Natur- und Erholungsraum für die Bürger\*innen dieser Stadt, incl. der Verkehrssicherheit. In den Jahren 2009 bis 2018 sind dafür Kosten von rd. 4.470.000 € angefallen. In diesen Jahren wurden Erträge von insgesamt 595.000 € erwirtschaftet. Diese setzen sich zusammen aus dem Verkauf von Holz mit rund 378.000 € und sonstigen Einnahmen wie zum Beispiel Pachten.

## **Strafandrohungen befördern keinen Dialog!**

Pressemitteilung vom 27. November

Zur gestrigen zweiten Auflage des Kleingartendialogs erklärt Ratsherr Stefan Rudau, Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE. Kiel:

„So führt man keinen Dialog! In der derzeitigen Situation bräuchten wir alle eher einen kühlen Kopf und ein Aufeinanderzugehen, statt eine Überforderung mit immer noch mehr Auflagen und Strafandrohungen!“

Im Vorfeld des Kleingartendialogs wurde von Seiten der Stadt, praktisch als Einstimmung auf den Dialog, kurzfristig der Entwurf für einen neuen Strafkatalog vorgelegt. Während die Stadt den Klimanotstand ausruft, werden in den Kleingärten Stromanschlüsse untersagt und die Gärtner\*innen so zum Einsatz von Verbrennungsmotoren gezwungen. Gleichzeitig werden von verschiedenen Ämtern sich teilweise widersprechende Forderungen an die Kleingärtner\*innen gestellt. So wird einerseits das Fällen von Bäumen verlangt, während andererseits genau dafür Strafen angedroht werden. Das alles in einer Situation, in der die Vereine und die Pächter\*innen durch geforderte Rückbauten, Asbestabrisse und Leerstände eh schon überlastet sind. Nachdem die Stadt sich jahrzehntelang nicht sonderlich um das gekümmert hat, was in den Kleingärten passiert, soll jetzt alles auf einmal geregelt werden.

„Wir sollten jetzt viel eher ein Moratorium ausrufen statt die Brechstange anzusetzen. Also erst mal in Ruhe die eigenen Hausaufgaben machen und die Gartenordnung im Dialog überarbeiten und dann weitersehen!“, so Rudau abschließend.

## **HIV: Weniger Angst, mehr Solidarität!**

Pressemitteilung vom 30. November

Zum Welt-AIDS-Tag ruft die Ratsfraktion DIE LINKE zu mehr Solidarität mit HIV-positiven Menschen auf.

„Noch immer ist in unserer Gesellschaft Diskriminierung von HIV-positiven Menschen leider eher die Regel als die Ausnahme!“, kritisiert Ratsherr Stefan Rudau, Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE.

Grund für diese Diskriminierung sind zumeist unbegründete Ängste, veraltete Vorstellung und mangelnde Aufklärung. HIV ist inzwischen gut behandelbar: Bei rechtzeitiger Behandlung haben HIV-positive Menschen eine fast normale Lebenserwartung und können (oder könnten in einer aufgeklärten Gesellschaft) – egal ob Job, Freizeit, Sexualität und Familie – ein ganz normales Leben führen. Eine Ansteckung mit HIV kommt in Alltagssituationen nicht vor. HIV-positive Menschen sind in aller Regel weder weniger leistungsfähig noch häufiger krank als andere.

„Auch wenn es fast schon peinlich ist, das im Jahr 2019 noch einmal betonen zu müssen: Wir brauchen mehr Solidarität, einen offeneren Umgang und deutlich mehr Aufklärung zum Thema HIV. Das ist der einzige Weg, um mit den falschen Mythen und unbegründeten Ängsten endlich aufzuräumen!“, so Rudau abschließend.

## Kiel-Kanal zeigt, was falsch läuft in Kiel

Pressemitteilung vom 04. Dezember

Eigentlich ist die jetzt angekündigte Verzögerung beim Bau des Kleinen-Kiel-Kanals keine Überraschung: Nahtlos reiht sie sich ein in die Reihe anderer Großprojekte in Kiel, die so eigentlich niemand brauchte, deren tatsächliche Kosten nur wenig mit der ursprünglichen Planung zu tun haben und deren Fertigstellung sich wie ein Bandwurm immer weiter in die Länge zieht.

„Es ist immer das Gleiche! Großprojekte hier in Kiel laufen regelmäßig aus dem Ruder und enden viel zu oft in einem peinlichen Debakel. Das ist weder Pech noch Zufall, das ist das Ergebnis von mangelhafter Planung und skrupellosem Schönreden der eigenen Denkmalprojekte!“, ärgert sich Ratsherr Stefan Rudau, Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE.

Egal, ob das Science Center, das nach acht Jahren Planung 2009 endgültig versenkt wurde, der geplante Möbelmarkt am Prüner Schlag, für den schon vor Jahren eine ganze Kleingartenkolonie weichen musste und bei dem der für 2013 geplante erste Spatenstich weiter auf sich warten lässt, oder das Hörnbad, das statt im Sommer 2017 erst im Spätherbst 2018 öffnete, 50 % teurer wurde als geplant und nach der Eröffnung vor allem aufgrund von Mängeln und Problemen für Schlagzeilen sorgte: Großprojekte laufen in Kiel nicht rund.

Und warum sollte da ausgerechnet der Kleine-Kiel-Kanal eine Ausnahme sein: An den Sinn des Projektes glaubte von Anfang an nur die damalige Rathauskooperation aus Grünen und SPD. Aber unter dem Vorwand, man könne sich so eine Gelegenheit nicht entgehen lassen, schließlich müsse die Stadt nur 3 Millionen Euro von der geplanten Investition von insgesamt 11 Millionen tragen, wurde das Vorhaben durch den Rat gepeitscht. Inzwischen belaufen sich die Kosten auf fast 19 Millionen Euro. Folgerichtig wird jetzt auch eine weitere Verzögerung angekündigt: Ursprünglich war die Fertigstellung bereits für das Jahr 2018 geplant. Dann sollten die Becken zum Tag der Deutschen Einheit 2019 gefüllt sein. Jetzt ist klar: In diesem Jahr wird daraus nichts mehr.

„Oberbürgermeister\*innen und Rathauskooperationen scheinen in Kiel immer auf der Suche nach irgendwelchen Leuchtturmprojekten zu sein, um die Erinnerung an die eigene Amtszeit in irgendeiner Form in Beton zu verewigen. Um das durchzusetzen, wird dann Bevölkerung und Opposition viel zu häufig weder seriöse Planung noch realistische Prognosen vorgelegt, sondern großspurig das Blaue vom Himmel versprochen. Und am Ende tun alle überrascht, wenn diese Versprechen dann plötzlich und gänzlich unerwartet von der Realität überholt werden. Vielleicht sollten Oberbürgermeister und Rathauskooperation so ehrlich sein und endlich mal die Umbenennung Kiels in Schilda beantragen!“, so Rudau abschließend.

## **Kinderarmut: Bei manchen bleibt der Stiefel leer**

Pressemitteilung vom 06. Dezember

Heute ist Nikolaustag. Für viele Kinder eine Einstimmung auf die Weihnachtszeit und ein erster Höhepunkt im Advent. Doch bei manchen bleibt der Stiefel leider leer. Laut aktuellem Sozialbericht ist in Kiel fast jedes dritte Kind (29,1 %) von Armut betroffen. Aber was häufig übersehen wird: Hinter allen armen Kindern stehen auch immer von Armut betroffene Eltern, die jeden Tag damit leben müssen, ihren Kindern nicht das Gleiche ermöglichen zu können wie andere Eltern. Kinderarmut ist immer Familienarmut – denn in Deutschland gelten Kinder schließlich dann als arm, wenn sie in Haushalten leben, deren Einkommen unter der Armutsgrenze liegt.

„Kiel liegt, was die Zahl von armen Kindern und Familien betrifft – wie viele oder sogar die meisten deutschen Großstädte –, deutlich über dem bundesweiten Durchschnitt. Aber leider ist das ein Problem, das Kommunen vor Ort kaum lösen können. Die Ursachen für Armut liegen im ALG- und Grundsicherungssystem, im Niedriglohnsektor und im nicht ausreichenden Mindestlohn. Und für all das ist die Bundesebene verantwortlich. Das einzige, was wir hier vor Ort machen können, ist ein bisschen Symptombekämpfung im Rahmen dessen, was uns die Kommunalaufsicht des Landes gestattet!“, so Ratsfrau Margot Hein, sozialpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE.

Und Ratsherr Burkhardt Gernhuber ergänzt: „Wir brauchen endlich eine wirkliche Kehrtwende in der Sozialgesetzgebung. Es kann doch nicht sein, dass in einem der reichsten Industrieländer der Welt so viele Kinder und Familien von Armut betroffen sind! Zumindest die Einsicht, dass Kinder eben nicht nur kleine Erwachsene mit einem ihrer geringeren Körpergröße entsprechendem kleineren Mindestbedarf sind, muss sich endlich durchsetzen. Zum Beispiel die Anerkennung zusätzlicher Bedarfe zu Anlässen wie Nikolaus oder Weihnachten für Familien mit Kindern wären da zumindest mal ein Anfang!“



## **KiWoG: Einfluss auf dem Wohnungsmarkt geht nicht ohne Investitionen!**

Pressemitteilung vom 12. Dezember

Darüber, dass Kiel wieder eine eigene kommunale Wohnungsbaugesellschaft braucht, herrscht in der Ratsversammlung recht große Einigkeit. Aber über ihren Zweck und ihre Ausstattung gehen die Meinungen auseinander. DIE LINKE möchte eine Wohnungsbaugesellschaft, die ein relevanter Akteur auf dem Kieler Wohnungsmarkt ist.

„Wir brauchen in der KiWoG langfristig einen Bestand von 11.000 bis 15.000 Wohnungen. Nur so kann es gelingen, wieder politischen Einfluss auf die Entwicklung der Mieten zu nehmen!“, erklärt Ratsherr Burkhardt Gernhuber, wohnungspolitischer Sprecher der Ratsfraktion DIE LINKE.

Bislang versuchen Ratsmehrheit und Verwaltung wenn überhaupt, dann über das Instrument der Mietobergrenzen Einfluss auf die Mietpreisentwicklung zu nehmen. Aber das ist nach geltender Rechtsprechung unzulässig. Schließlich sollen die Mietobergrenzen Empfänger\*innen von Grundsicherung und Hartz IV ja ermöglichen, angemessenen Wohnraum zu finden. Sie müssen also immer hoch genug sein, damit die Preise auf dem Wohnungsmarkt damit auch bezahlt werden können.

„Einfluss auf die Mietpreise gibt es nicht ohne Investitionen. Eine schlagkräftige Wohnungsbaugesellschaft würde mittelfristig jährlich mindestens 30 Millionen Euro erfordern. Die Ablehnung dieser Investitionen durch die Ratsmehrheit geht voll zu Lasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Das ist meilenweit entfernt von einer verantwortungsvollen Sozialpolitik!“, kritisiert Ratsfrau Margot Hein, sozialpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE.

## **Klimaschutz ist teuer, aber viel günstiger als ein noch stärkerer Klimawandel**

Pressemitteilung vom 12. Dezember

„Es mag immer noch nicht in allen Teilen der Gesellschaft und der Politik angekommen sein, aber der menschengemachte Klimawandel ist eine wissenschaftlich bewiesene Tatsache. Die Mehrheit der Kieler Ratsversammlung hat das verstanden und folgerichtig den Klimanotstand anerkannt. Leider herrscht über die daraus folgenden Konsequenzen weit weniger Einigkeit in der Ratsversammlung.“, zeigt sich Ratsfrau Svenja Bierwirth, umweltpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE, enttäuscht.

Die Ratsfraktion DIE LINKE sieht zwar durchaus die Bemühungen, die die Kooperation unternimmt und auch die zusätzlichen Mittel, die sie im Haushaltsplan dafür bereitstellt. Aber sie sieht ebenso, dass der Mut für Maßnahmen, die wirklich effektiv sind, aber vielleicht wehtun und deren finanzielle Auswirkungen möglicherweise sogar die „Schwarze Null“ gefährden könnten, leider fehlt.

„Mit ein paar Alibi-Mitteln ist es da leider nicht getan. Selbst die zusätzlichen Mittel von einer Million Euro jährlich dürften, ehrlich gesagt, wohl eher ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Aber nicht einmal die wollten Grüne und SPD bewilligen. Stattdessen wird weiter an unzeitgemäßen und klimaschädlichen Projekten wie dem Ostring 2 und der Südspange geplant. So wird Kiel seinen Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels nicht leisten können!“, bedauert Bierwirth abschließend.

## **Nur Kondome und Lecktücher schützen wirklich!**

Pressemitteilung vom 12. Dezember

DIE LINKE begrüßt es, dass die Kooperation die langjährige Forderung der LINKEN nach einem Verhütungsmittelfonds bei den Haushaltsberatungen im vergangenen Jahr endlich aufgegriffen hat und dafür im aktuellen Haushaltsplanentwurf sogar realistische Finanzmittel vorgesehen sind. Aber nach wie vor werden die einzigen Methoden, die wirksamen Krankheitsschutz bieten, nicht berücksichtigt.

„Der Verhütungsmittelfonds findet sich nicht umsonst im Teilplan ‚Gesundheitseinrichtungen‘. Die Stadt Kiel sollte nicht nur bei verantwortungsvoller Familienplanung unterstützen, sondern eben auch bei der Gesundheitsvorsorge und beim Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten. Dass dann ausgerechnet die einzigen Methoden, die davor schützen, nicht von dem Fonds bezuschusst werden, finde ich einfach unmöglich“, ärgert sich Ratsfrau Svenja Bierwirth, stellvertretende Vorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE.

Kondome sind zudem die einzige (wirksame) Methode zur Schwangerschaftsverhütung, die die Verantwortung für die Verhütung nicht fast ausschließlich den Frauen übertragen. Und sie sind, im Gegensatz z.B. zu hormonellen Methoden wie der Pille oder gar operativen Eingriffen, gesundheitlich für alle Beteiligten vollkommen ohne Auswirkungen.

„Schon aus Gründen der Geschlechtergerechtigkeit, deren Wichtigkeit unbestritten ist, sollten gerade und vor allem Kondome bezuschusst werden. Aber dieses Erkenntnis hat sich auch im Jahr 2019 offenbar noch nicht wirklich durchgesetzt!“, so Bierwirth.

## Stadtwald: Umweltschutz, der bares Geld spart!

Pressemitteilung vom 12. Dezember

Die „Bewirtschaftung des stadteigenen Waldes zur Produktion von Holz und Nebenprodukten, incl. Verkauf“ bringt der Stadt laut dem Teilplan 555 „Land- und Forstwirtschaft“ in den kommenden Jahren konstante Einnahmen von 17.600 € jährlich. Die Kosten dafür belaufen sich allerdings im Jahr 2020 auf 133.500 €. Und im Gegensatz zu den Einnahmen steigen die Kosten jedes Jahr an.

„Wenn wir die alte Forderung von Naturschutzverbänden wie dem BUND und dem NABU erfüllen würden, auf die Bewirtschaftung unseres Stadtwaldes verzichten und ihn stattdessen komplett in Naturwald umwandeln würden, würde uns das also bares Geld sparen!“, so Ratsfrau Svenja Bierwirth, umweltpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE.

Ängste, dass darunter die Verkehrssicherheit leiden könnte, oder gar Waldkindergärten geschlossen werden müssten, sind unbegründet:

Die Mittel für Verkehrssicherheit sind nicht im Teilplan 555, sondern im Teilplan 551 (Öffentliches Grün / Landschaftsbau), genauer im Produkt 551002 (Pflege und Bewirtschaftung der öffentlichen Grün- und Freiflächen), dessen Auftragsgrundlage u.a. das Landeswaldgesetz und die Verkehrssicherungspflicht sind, enthalten.

Und natürlich dürfen Naturwälder, genau wie bewirtschaftete Wälder, von der Allgemeinheit betreten werden und für die Verkehrssicherung auf den von Waldkindergärten genutzten Bereichen gelten die gleichen Regeln und Zuständigkeiten wie in allen anderen Wäldern.

Gleichzeitig haben Naturwälder laut BUND aber eine Reihe von entscheidenden Vorteilen, die sie zu einem wichtigen Bestandteil eines funktionierenden Waldnaturschutzes machen und sind ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz.

„Kostengünstiger lässt sich Natur- und Klimaschutz in Kiel an keiner anderen Stelle umsetzen. Dass hier Kooperation und Verwaltung nicht sofort zustimmen, ist sowohl umweltpolitisch als auch haushalterisch einfach nur bedauerlich!“, so Bierwirth abschließend.

## **Stellenplan: Fehlende Deckung ist ein Offenbarungseid der Personalpolitik**

Pressemitteilung vom 12. Dezember

„Ja, es stimmt, es ist in der Vergangenheit nicht gelungen und wird auch in Zukunft schwer sein, die im Stellenplan vorgesehenen Stellen vollständig zu besetzen. Deswegen aber von vornherein darauf zu verzichten, die dafür notwendigen Mittel in den Haushaltsplan einzustellen ist eine Bankrotterklärung des Personaldezernenten!“, so Ratsherr Stefan Rudau, Vorsitzender der Ratsfraktion DIE LINKE.

Eigentlich müsste es Ziel einer verantwortungsvollen Personalpolitik sein, bei der Besetzung der Stellen im Stellenplan eine Quote von über 100 % zu erreichen – schließlich sollten Nachfolger\*innen für, z.B. wegen Renteneintritt, absehbar ausscheidende Mitarbeiter\*innen im besten Fall schon rechtzeitig vor dem Freiwerden der Stelle eingestellt werden. Nur so könnte die Einarbeitung der neuen Kolleg\*innen so gestaltet werden, dass ein Wissenstransfer und ein nahtloser Übergang ohne Mehrbelastung für die anderen Beschäftigten möglich wäre. Wie dramatisch die Auswirkungen der unbesetzten Stellen schon jetzt sind, wird deutlich wenn man sich einmal in die Warteschlangen in den Zulassungsstellen einreihet, oder sich vergegenwärtigt, dass z.B. wichtige Schulbauprojekte Jahr für Jahr verschoben werden, weil die Verwaltung mit den Genehmigungsverfahren nicht hinterherkommt.

„Ich weiß, es ist derzeit sehr schwierig, passende Bewerber\*innen zu finden. Aber Stellen in den Stellenplan einzustellen, ohne die zu ihrer Besetzung notwendigen Finanzmittel auch im Haushaltsplan zu hinterlegen, hat nichts mehr mit Haushaltsehrlichkeit oder Haushaltstransparenz zu tun. Das ist einfach widersprüchlich und geht im Zweifel voll zu Lasten der auch so schon chronisch überlasteten städtischen Beschäftigten!“, so Rudau abschließend.

# Rede des Vorsitzenden der Ratsfraktion DIE LINKE

## Stefan Rudau

### zum Haushalt 2020

– Es gilt das gesprochene Wort –

Pressemitteilung vom 12. Dezember

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,  
sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe demokratische Kolleg\*innen,

bevor ich mit meiner Haushaltsrede starte, möchte ich den Mitarbeiter\*innen der Verwaltung und insbesondere der Kämmerei für die Ausstellung dieses Haushaltsentwurfes danken. Ich glaube, die meisten hier im Raum – mich eingeschlossen – können nicht wirklich ermessen, welche Arbeit, welcher Aufwand in diesem Zahlenwerk steckt. Dafür unseren ausdrücklichen Dank.

Es ist auch eine gute Botschaft, dass der Haushaltsplan das zweite Mal in Folge bereits im Plan einen Überschuss aufweist und folglich genehmigungsfrei ist. Freilich ist der geplante Überschuss deutlich geringer als im Vorjahr, aber das ist mit einer abgekühlten Konjunkturlage leicht erklärbar, weist aber zugleich auf das Dilemma aller kommunalen Haushalte hin. Im Wesentlichen hängen kommunale Haushalte von zwei Größen ab, die die Gemeinden nicht beeinflussen können. Dem Gewerbesteueraufkommen und den Transferaufwendungen. Beides sind Werte, die stark konjunkturabhängig sind und so jegliche Planung obsolet machen können. Nach unserer Auffassung muss die Gewerbesteuer auf Bundesebene zur einer Gemeindefinanzsteuer weiterentwickelt werden.

Außerdem ist auf Landesebene eine angemessene finanzielle Ausstattung über den Finanzausgleich notwendig. Darüber sind wir uns hier wohl im Grundsatz alle einig. Dass die aktuelle finanzielle Ausstattung seitens des Landes unzureichend ist, ist mittlerweile auch per gemeinsam beauftragtem wissenschaftlichen Gutachten bestätigt. Man sollte also erwarten, dass das Land Schleswig Holstein diesem Ergebnis nachkommt und nachbessert. Fehlanzeige!

Da macht es schon sauer, wenn aktuell ein sogenanntes Kommunalhaushalte-Harmonisierungsgesetz diskutiert wird, welches – sollte es so wie bislang bekannt verabschiedet werden – das Kreditvolumen der Landeshauptstadt Kiel für Investitionen in jedem Fall (wieder) dem Genehmigungsvorbehalt der Kommunalaufsicht unterwerfen wird. Den Planungen des Gesetzgebers zufolge würden demnach positive Ergebnisse allein nicht mehr ausreichen. Vielmehr soll eine Genehmigungsfreiheit zusätzlich an die Bildung einer Ergebnisrücklage geknüpft werden. Diese bilden zu können, setzt aber zunächst die Rückführung der gesamten bislang aufgelaufenen Defizite von rd. 180 Mio. EUR voraus. Eine solche Regelung „übersieht“, dass die aufgelaufenen Defizite das Ergebnis einer unzureichenden Finanzausstattung in der Vergangenheit sind. Und meine Damen und Herren, dafür tragen all ihre Parteien die Verantwortung.

Als Kommune und in der Kommunalpolitik Verantwortliche können wir uns zwar über den falschen Umgang mit den Kommunen von übergeordneten Instanzen ärgern, aber wir sind als Ansprechpartner\*innen für die Bürger\*innen natürlich in direkter Verantwortung, an den Problemstellungen etwas zu ändern. Nicht zuletzt auch wegen der sozialen Ungleichheit und dem Handlungsdruck, diesen Menschen eine Perspektive aufzuzeigen und ein gutes selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Aus diesem Grund bin ich der festen Überzeugung,

dass es einen dringenden Handlungsbedarf gibt, die Kommunen finanziell wieder besser zu stellen und das Thema der Altschulden anzugehen (Altschuldenfonds).

Meine Damen und Herren, wozu dient ein Haushalt?

Ein öffentlicher Haushalt dient primär der Daseinsvorsorge. Und dies sollte der Kernparameter eines gelungenen Haushalts sein. Da geht es in erster Linie um den Zugang, den Ausgleich und die Bedürfnisbefriedigung der jeweiligen Einwohner\*innen.

Ein gelungener Haushalt ist der, welcher die bestehenden berechtigten Bedürfnisse der Bürger\*innen in angemessenem Umfang befriedigt. Die Frage ist nun, ob der Kieler Haushalt das leistet?

Zuvörderst steht da für uns – und das wird Sie nicht überraschen – das Thema Wohnen. Die Bürger\*innen und die, die es werden wollen, brauchen barrierefreien, bezahlbaren und verfügbaren Wohnraum. Und daran mangelt es in dieser (wachsenden) Stadt erheblich.

Die letzten Jahre haben unserer Ansicht nach deutlich gezeigt, dass die private Wohnungswirtschaft weder willens noch in der Lage ist, dieses Grundbedürfnis zu befriedigen. Man muss dies konsequenterweise als Marktversagen klassifizieren. Umso dringlicher ist hier die öffentliche Hand gefordert.

Wir begrüßen es daher außerordentlich, dass die Stadt endlich wieder tätig wird und eine eigene Wohnungs(bau)gesellschaft auf den Weg bringt.

Problematisch finden wir, dass das als GmbH & Co. KG passiert und die Gefahr eines zukünftigen erneuten Verkaufes der Wohnungsbestände besteht.

Wir begrüßen es außerordentlich, dass in die kommenden Haushaltsjahre überhaupt wieder Gelder zum Aufbau eines kommunalen Wohnungsbestandes eingestellt sind. Allerdings ist uns die eingestellte Summe zu gering und wir schlagen vor, jährlich 30 Millionen in den kommunalen Wohnungsbau zu investieren und so einen Wohnungsbestand von ca. 13.000 Wohnungen aufzubauen.

Nun ist mir klar, dass wir mit diesen Anträgen heute keine Zustimmung erfahren – das wurde ja bereits im Finanzausschuss deutlich –, wir haben jedoch die Hoffnung, dass sich die KiWoG im Laufe der Zeit in die von uns gewünschte Richtung entwickeln wird.

So ging es ja schon einigen unserer Anträge, welche unter anderer Flagge wieder in den Haushalten der Folgejahre auftaucht sind. So hatten wir ja in den vergangenen Jahren immer wieder Anträge zur Unterstützung von Haki e.V. erfolglos gestellt, um in diesem Jahr festzustellen, dass auch andere Fraktionen sich dem Anliegen nicht mehr verschließen und es endlich in den Mehrheitshaushalt aufgenommen haben. „Steter Tropfen höhlt den Stein.“ ist eine Redensart, die mir da unweigerlich in den Sinn kommt.

Auch forderten wir über Jahre hinweg einen Verhütungsmittelfonds beim Gesundheitsamt. Immer wieder erfolglos. Bis im letzten Jahr der Kollege Stadelmann dieses Anliegen aufgriff. Dafür noch mal vielen Dank. Wir haben dieses Jahr vorgeschlagen, diesen Fonds mit 20.000 Euro auch für Kondome zu erweitern. Verhütung geht alle Geschlechter an und muss auch vor Geschlechtskrankheiten schützen.

Auf unsere Initiative hin wurden letztes Jahr außerdem Mittel eingestellt, um Kiel fit zu machen für geschlechtliche Vielfalt. Daraus wurde z.B. ein Leitfaden für geschlechtergerechte Sprache entwickelt. Für die weitere Behandlung und Umsetzung des Themas brauchen wir natürlich auch dieses Jahr Mittel – spätestens ab Februar, wenn der Leitfaden auch in den Gremien diskutiert wird. Und mit Weitsicht auf die anstehenden verfassungsgerichtlich festgelegten Maßgaben zur dritten Geschlechtsoption werden Sie gar nicht darum herumkommen, für dieses Thema endlich Geld in die Hand zu nehmen.

Auch wenn Sie dieses Jahr bereits Personalmittel für einen besseren Klimaschutz bereitstellen, so haben Sie leider vergessen, auch die konkreten anstehenden Maßnahmen für den Kieler Klimaschutz auszufinanzieren. Wir haben dafür den Vorschlag, einen Climate-Emergency-Fonds in Höhe von mindestens 1 Mio. Euro aufzulegen. Meine Damen und

Herrn, es ist doch absurd, einen Klimanotstand zu verkünden und dafür nicht einmal Geld einzustellen und auf der anderen Seite die Straßenplanungen für den motorisierten Individualverkehr (A21/Südspange, Ostring II) weiter zu planen wie bisher. Wenn Sie wirklich den Anspruch haben, dass es hier nicht nur um Symbolpolitik gehen soll, sondern um die Zukunft unserer Stadt und Erde, dann springen Sie über ihren Schatten und stimmen Sie den Climate-Emergency-Fonds zu.

Es wäre schade, wenn es weitergeht wie bisher: Sie merken in 5 Jahren, dass die Linke eine gute Idee hatte, übernehmen diese dann unter ihrer Flagge, stehen aber leider schon mit den Füßen im Wasser des ansteigenden Meeresspiegels.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit!